

Brandbrief aus den Kindertagesstätten

Schon vor Corona war das Arbeiten in Kitas in Bayern kein einfaches Unterfangen. Nun ist aber ein Zustand erreicht, an dem wir über unsere Arbeitsbedingungen an die Öffentlichkeit gehen müssen, da es so einfach nicht mehr weitergehen kann.

Im folgenden Brandbrief wird detailliert aufgezeigt, wo etwas im Argen liegt und was geändert werden muss:

Hier die Hauptpunkte:

1.) Die Stellenschlüssel sind zu hoch

Der im BayKiBiG festgeschriebene Mindestanstellungsschlüssel von 1:11 (Kindergarten) bzw. 1:5,5 (Krippe) ist deutlich zu hoch. Die Fehlzeiten durch Krankheiten des Personals und der Kinder des Personals, Urlaub und Fortbildungen werden überhaupt nicht berücksichtigt und bedeuten in der Praxis einen tatsächlich viel höheren Personalschlüssel. Dieser wiederum bedeutet eine höhere Belastung für die Beschäftigten in der Kita, die aufgrund dieser Belastung öfter ausfallen – ein Teufelskreis!

2.) Bürokratisierung in der Corona-Pandemie

Die Arbeitsbedingungen in der Pandemie sind sowieso schon sehr belastend – die pädagogischen Möglichkeiten werden durch Gruppentrennungen, Kontaktvermeidungen, Turnhallen- und Schwimmbadsperrungen usw. sehr eingegrenzt. Dazu kommen aber viele neue Anweisungen, was alles beachtet und umgesetzt, sowie kontrolliert und dokumentiert werden soll – eine wahrlich nützliche Unterstützung der täglichen Arbeit in den Kitas...

3.) Mangelnder Nachwuchs durch falsche Rahmenbedingungen

Seit Jahren ist klar, dass es an Kräften für den Kitabereich fehlt. 4 Jahre Ausbildung und niedrige Gehälter machen den Erzieher:innenberuf nicht wirklich attraktiv. Daher sollten alle Ausbildungsformen des pädagogischen Personals tariflich angemessen vergütet sein und auch für Quereinsteiger:innen und Umschüler:innen interessant angeboten werden.

4.) Fehlende Wertschätzung

Ein Applaus zum Beginn der Pandemie und ein Corona Bonus, wenn man im passenden Tarif ist. Sieht so Wertschätzung aus? Ein systemrelevanter Beruf, die Kitas müssen unbedingt offenbleiben, aber die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung dürfen gleichzeitig schlecht sein und sich während der Pandemie noch weiter verschlechtern? Die Bundesmittel fürs Gute-Kita-Gesetz werden in Bayern weitestgehend für einen Elternbeitragszuschuss verbraten. Davon hat das Personal in Kitas rein gar nichts.

Ich als Kindergartenleitung möchte ich Sie heute abermals darüber informieren, wie schlecht und desolat die Personalsituation in unserer und vielen weiteren Kitas in Kitzingen und Bayern ist. Einige meiner Mitkolleginnen und Kollegen teilen meine Meinung und haben deshalb dieses Schreiben mitunterzeichnet, um Ihnen aufzuzeigen, dass wir nicht der einzige Kindergarten mit diesen Problemen sind.

Aus der Zeitung sind auch bereits einige Einrichtungen bekannt, die über eine Schiefelage der sozialen Branche berichten. Einen aktuellen Bericht zeige ich Ihnen gerne per Verlinkung mit auf.

Quelle: <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/erding/kitas-im-landkreis-erding-die-luft-wird-duenner-1.5529193>

Mein Appell dreht sich nicht nur um das aktuelle Verschleiern und Fälschen von Testergebnissen bei Kindern, (Quelle: <https://www.mainpost.de/regional/kitzingen/corona-schummler-wenn-sich-andere-statt-der-kinder-testen-art-10726186>) sondern vielmehr um die fehlende Wertschätzung, die Perspektivlosigkeit und die immer weiter anhaltende Überlastung der sozialen Berufe.

Seit mehreren Jahren bereits werden Kindertagesstätten in Bayern als Bildungsorte bezeichnet, aber das Gute-KiTa-Gesetz und sonstige Stellschrauben, um den sozialen Bereich attraktiver zu machen, sind im Sande verlaufen. So sind unsere KiGa-Plätze zwar sehr günstig für Eltern und vielen Kindern wird damit ein guter Start in den Bildungsweg ermöglicht, aber den sozialen Beruf hat es damit nicht attraktiver gemacht.

Um diese Punkte zu verbessern und unseren Bereich aufzuwerten, würden viel größere Maßnahmen benötigt werden, die Sie als Entscheidungsträger aber seit mehreren Jahren geschickt umgehen und der Branche zwar viel versprechen, aber bislang nicht einhalten.

1. Die Stellenschlüssel sind zu starr und gehören verändert

Der Stellenschlüssel im Kindergarten- und Krippenbereich liegt bei vielen Kitas in Bayern durch Personalmangel viel zu hoch und die Überlastung des Personals vor Ort ist immens. So arbeiten mancherorts ein/e Kinderpfleger/in oder ein/e Erzieher/in mit 25 Kindern in der Gruppe über mehrere Wochen/Monate hinweg allein. Wenn es gut läuft, kommt aushilfs- und stundenweise eine Springkraft dazu oder man findet auf dem Stellenmarkt eine kurze Zwischenlösung, aber die Chancen dafür stehen eher bei null.

Viele Einrichtungen in Bayern müssen bereits Ihre Öffnungszeiten reduzieren oder Gruppen oder die Einrichtung schließen.

Dafür gibt es genügend Quellen und Zeitungsberichte. Hier für Sie als Beispiel ein Video aus dem Jahr 2021: <https://www.youtube.com/watch?v=pAfaXb0kUus>

In unserer Einrichtung sind wir mit Personal gut ausgestattet und unser Personalschlüssel liegt sogar unter dem vom Staatsministerium vorgegebenen Schlüssel 1:11 bzw. empfohlen 1:10.

Trotz dieses augenscheinlich hervorragenden Schlüssels kommt es auch in unserem Haus zu Personalengpässen, Überlastungen und Überstunden bzw. in manchen Situationen zu Streichung des Urlaubs oder der Fortbildung und Einsatz der Elternschaft zum Personalausgleich.

Seit dem Beginn der Coronapandemie arbeiten wir als Team und ich als Einrichtungsleitung im Dauereinsatz an der von Ihnen durchgängigen auf kurze Sicht gefahrenen Corona-Politik. Im Rechtsdschungel und der Rechtsunsicherheit verirren sich immer mehr Kolleginnen und Kollegen und sind durch den hohen Dokumentationsaufwand und das Kontrollieren der Hygienemaßnahmen

immens unter Druck. Dabei kommt es oftmals zu Fehlern, Unsicherheiten und damit zu einem enormen Überarbeitungsgefühl. Dieses entwickelt sich nach und nach zu einem allgemeinen Unwohlsein oder schließlich zu Depressionen / Burnout bzw. der Überlegung den Beruf zu wechseln.

Dadurch verschlimmert sich gerade in vielen Einrichtungen nochmal mehr der Personalnotstand und die Kolleginnen und Kollegen vor Ort sind nochmal mehr überfordert.

Trotzdem möchten Sie als Abgeordneter den Eltern natürlich versprechen, dass es für alle Kinder einen KiTa-Platz gibt und untermauern dies mit dem Rechtsanspruch auf diesen Platz. In ein paar Jahren möchten Sie zusätzlich noch den Rechtsanspruch auf einen Hortplatz geltend machen, wodurch es damit nochmals mehr Kinder gibt, die eine Betreuung benötigen.

Das in Kitzingen bereits 98 Krippen und 156-200 Kindergarten KiTa-Plätze (Stand Frühling 2020 – Quelle Bedarfsplanung der Stadt Kitzingen 2019) fehlen und damit der Rechtsanspruch der Eltern in den Sanden verläuft, sollte jedem bewusst sein. Dies ist aber nicht nur in Kitzingen so, sondern auch andere Kommunen und Städte haben dieses Problem.

Quelle: <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/landkreismuenchen/gerichtsverfahren-kein-kita-platz-kein-job-1.4253848>

Dadurch können viele Eltern nicht Ihrer Berufstätigkeit nachgehen und beschweren sich bei uns als Kindergartenleitungen, dass wir Ihr Kind nicht aufnehmen.

Leider sind wir aber nicht dafür verantwortlich, dass es genügend Plätze gibt, denn wir würden gerne viele Kinder aufnehmen, aber das Personal reicht jetzt schon nicht und die Räumlichkeiten passen meist auch nicht.

Da wir aber nicht in der Verantwortung sind, genügend Betreuungsplätze zu schaffen, ist diese Situation für viele von uns psychisch sehr belastend. Sie, als Verantwortliche, erleben keine dieser Situationen mit, in denen Eltern Sie beschimpfen, vor Ihnen in Tränen ausbrechen und verzweifelt sind, wenn ihnen mitgeteilt wird, dass ihr Kind auf einem hohen Wartelistenplatz steht und auch die Chancen für das nächste Kindergartenjahr sehr schlecht stehen, einen Platz für ihr Kind zu ergattern. Die Eltern und Leitungen werden hier sich selbst überlassen.

Das Bundesprogramm zur Offensive für Fachkraftgewinnung ist in unseren Augen mehr als gescheitert, denn leider wurde in diesem Programm u.a. nicht berücksichtigt, dass Kommunen und Städte weiterhin fleißig Einrichtung bauen für die aber neues Personal benötigt wird und dadurch die Personaldecke in bereits bestehenden Einrichtungen verkleinert oder ausgedünnt wird.

Quelle:

<https://www.bmfsfj.de/resource/blob/131404/18d38040fe0b1661dc0550d1db189349/fachkraefteoffensive-erzieherinnen-erzieher-giffey-data.pdf>

2. Die Bürokratisierung in der Corona-Pandemie und die Folgen für die Einrichtung

Die von Ihnen mitverantwortliche Corona-Politik habe ich ja bereits ein wenig umrissen. Mit den neuen Newslettern des bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales 461/462 und 463 ist aber das Maß des Erträglichen überschritten.

Seit knapp über 2 Jahren sind wir im Kindertagesstättenbereich die erste Front in der Corona-Politik. Erst sollten wir uns alle selbst in Quarantäne begeben und die Kontakte wurden komplett heruntergefahren. Danach wurde schrittweise geöffnet und es kamen nur Familien zu uns, die eine Systemrelevanz innehatten. Im nächsten Schritt wurden wir an Corona-Inzidenzen festgenagelt, ob es geschlossene Gruppen, eingeschränkten Regelbetrieb oder freie Alltagssituationen gab. (damals war 35, die Inzidenz des Kindergartenalltags) Diese Inzidenzwerte wurden mehr und mehr gelockert, aber die Maßnahmen im Kindergartenbereich nur selten angepasst. (Wegfall der Maskenpflicht, Hygienemaßnahmen wie Desinfizieren, Lüften etc.) Mit Beginn der ersten Variante wurde der Kindertagesstättenbereich durch Kontaktbeschränkungen und Kontaktverfolgungen geschützt. So wurde bereits beim ersten positiven Coronafall entweder die gesamte Gruppe getestet oder das gesamte Haus. Mit den immer weiter steigenden Corona-Infektionszahlen fällt nun auch diese Sicherheitsmaßnahme weg und wird unter den Tisch gekehrt.

Seit dem Newsletter 461 habe ich nun absolut kein Vertrauen mehr in dieses Konzept und die Hygienemaßnahmen. Die wie es manche Personen nennen „Durchseuchung“ der Kindergärten und Krippen wird damit billigend in Kauf genommen.

Beim ersten Corona-Fall die Kontaktverfolgung komplett aufzuheben und erst bei 20 Prozent überhaupt zu schauen, wo und warum es in unsrem Fall einen Ausbruch im Gemeinschaftsunterkunftsbereich gibt, halte ich für absolut fahrlässig und gefährdet das Wohl der Kinder und Mitarbeiter/innen.

Es geht meines Erachtens damit nicht mehr um ein Konzept, wie man die Menschen schützen kann, sondern wie man so viele Menschen wie möglich gleichzeitig anstecken kann, ohne auf den Schutz der Mitarbeiter, Kinder, Eltern und Familie, sowie Freunde zu achten.

Wir selbst in unserer Einrichtung hatten mehrere positive Fälle bei Mitarbeiterinnen. Diese Mitarbeiterinnen wurden mit verschiedenen Varianten und bei verschiedenen Impfschutzvarianten infiziert. Trotz doppelter und dreifacher Impfung, trotz milderem Verlaufs etc. fehlen diese Mitarbeiterinnen dem Betrieb und den Kindern. Dabei ging es um Fehlzeiten von 2-7 Wochen und schwere Verläufe bei den geimpften Mitarbeiterinnen mit Folgekrankheiten. Ohne die Eltern, die uns in dieser Zeit unterstützt haben und ihre Kinder eher abgeholt bzw. an einzelnen Tagen zuhause betreut haben, könnten solche Wochen nicht überbrückt werden, ohne eine Kindeswohlgefährdung zu riskieren.

Die Medienberichterstattung und die verbreitete Meinung, dass Omikron nun mildere Verläufe hat und damit alles gut ist, kann ich daher nicht teilen, denn der Schutz der Gesundheit jedes Einzelnen sollte immer im Vordergrund mit wirtschaftlichen und politischen Themen stehen.

Hinzu kommt erschwerend, dass selbst die Gesundheitsämter, für die Sie ja auch mitverantwortlich sind, überlastet sind und Fehler machen, Fehlinformationen herausgeben und das Abwälzen der Aufgaben wie Kontaktverfolgungen etc. auf die Einrichtungen begünstigen und durchführen.

Im Newsletter 463 haben Sie ein neues Dokumentations- und Verwaltungsmonster geschaffen, welches absolut unnötig ist. Für 2 kostenlose Corona-Selbsttest muss nun wieder die Kindertagesstätten-Leitung mindestens 12-30 neue Zettel pro Woche ausdrucken, ausfüllen, kopieren und unterschreiben, wenn ein positiver Fall in einer Gruppe nachgewiesen wird. Dabei wird

jeden Tag wird die Gruppe getestet und soll so aus dem Corona-Sprudel gerettet werden. Dass dieses Procedere dann in der neuen Woche fortgesetzt wird, liegt meist auf der Hand. Ob diese Tests überhaupt von den Eltern richtig und verantwortungsvoll durchgeführt werden, steht dabei auf einem anderen Blatt.

3. Fehlende Wertschätzung als Hauptursache

Der größte Schwachpunkt der Bundes- bzw. Landespolitik ist aber weiterhin die mangelnde Anerkennung und Wertschätzung des sozialen Bereichs. Es liegt nicht an den Menschen selbst, die diesen Beruf mit Herzblut ausfüllen und auch nicht an der Wirtschaft, die diesen Bereich kleinredet, da wir ja am Ende kein Produkt vorzeigen, sondern an der Einstellung der Politik und an der Verteilung der Mittel.

Wenn Ihnen als Abgeordneter die Bildung- und Betreuung in Deutschland bzw. Bayern wichtig wäre, könnten Sie die Ersten sein, die daran etwas ändern. Sie als Entscheidungsträger können mit Gesetzen und Verschieben von Etats das System von Grund auf erneuern. Wenn ich aber weiterhin sehe, dass das finanzielle Budget für die soziale Branche auf Bundesebene sinkt und in Bayern minimale Verbesserungen nur möglich sind, dann sehe ich keine Perspektive oder langfristige Verbesserung im sozialen Bereich.

Quelle – Bundeshaushalt

https://www.bundeshaushalt.de/fileadmin/user_upload/BHH%202021%20gesamt.pdf

Quelle – Haushalt Bayern

https://www.stmfh.bayern.de/haushalt/staatshaushalt_2021/haushaltsplan/Epl10.pdf

Ein Applaus zum Beginn der Pandemie und einen bzw. zwei Corona Bonusse, die die wenigsten Beschäftigten im sozialen Beruf schlussendlich erhalten haben, reichen nicht aus, um den Mitarbeiter/innen vor Ort Genüge zu tun.

Die Arbeits- und Umfeldbedingungen müssen sich drastisch ändern, um den von Ihnen geplanten Rechtsanspruch für alle Bereich überhaupt umsetzen zu können.

4. Fehlende Inklusion als Stolperstein in unsere Gesellschaft

Durch die Veränderungen in den Familien, die unterschiedlichsten Sozialfaktoren und Belastungen in der Gesellschaft, zeigen sich große Auswirkungen auf die Kinder. Die Kindheit hat sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten stark verändert, denn die Ansprüche an die Kitas wachsen stetig und dies unabhängig von Corona. Die Einrichtungen fungieren oftmals als familienersetzend und nicht primär als familienergänzend. Die Bildungs- und Betreuungseinrichtungen begleiten oftmals nicht nur die Kinder, sondern sie schaffen und koordinieren Netzwerke zum Wohl des Kindes und der Eltern. Die Kinder kommen immer früher in die Einrichtungen und Entwicklungs- und Unterstützungsbedarfe fallen oftmals erst in der Einrichtung auf. Die Fachkräfte begleiten die Familien und helfen ihnen

weiter. Sie geben ihnen Hilfestellungen und erarbeiten sich selbst Wege, um die Kinder innerhalb des bestehenden Settings zu unterstützen.

Seit 2020 steigt der Bedarf stetig und ist kaum noch zu bewältigen. Die Kinder, die in den prägendsten Bindungs- und Sozialisierungsphasen ohne Freunde und Gleichaltrige und außerfamiliäre Kontakte waren, sind die Leidtragenden dieser Pandemie. Die Auswirkungen zeigen sich nun nach und nach in der Einrichtung. Die Verhaltensauffälligkeiten, Ängste, Entwicklungsdefizite und soziale Auffälligkeiten haben stark zugenommen. In keinem vorherigen Jahr musste so geballt Kindeswohlgefährdung bei der Aufsichtsbehörde angezeigt werden wie 2020 und 2021. Der Handlungsbedarf für das pädagogische Personal ist akut und belastend. (Quelle: <https://www.tagesschau.de/inland/kindeswohl-111.html>)

Durch die EU-Behindertenrechtskonvention, die im Jahr 2008 erlassen wurde, konnten die Rechte von Menschen mit Behinderung zum Auftrag aller gemacht werden. Inklusion ist kein Gnadenakt, sondern eine Verpflichtung. Aktuell ist es für die Einrichtung vor Ort aber ein Kraftakt. Es wird grundlegend vergessen, dass alle Kinder Zugang zu den Einrichtungen haben sollten. Jedoch sieht es in der Praxis leider anders aus. (vgl. EU-Behindertenrechtskonvention, Artikel 7)

Während sich die Einrichtungen bei jedem Kind individuell fragen, ob und was es braucht, um sich entwickeln und wachsen zu können, gibt es strikte Vorgaben, Raster und Musterlösungen bei der Geldvergabe. Auf Grund der mangelnden Unterstützung, der fehlenden Kooperation und die erschwerten Wege, scheuen Eltern die Auseinandersetzung und lassen ihre Kinder in Förderzentren betreuen und Einrichtungen lehnen Kinder ab, die ein "mehr" benötigen. Kinder werden so von Beginn an den Rand der Gesellschaft gestellt.

5. Lösungsansätze als zielführendes Mittel

Damit Sie für Ihre Gremien auch Lösungsansätze bekommen und nicht nur einen Vortrag, wie schlecht die Situation für uns vor Ort ist, haben wir uns als Team zusammengesetzt und die Leitungen von den Kindergärten, die unterzeichnet haben und bereits Vorschläge mitentworfen.

Unser Lösungsansatz besteht darin, dass Sie die Finanzmittel im sozialen Bereich deutlich erhöhen und den Kommunen und Städten endlich die Mittel zur Verfügung stellen, um in allen Kommunen und Städten eine 100 prozentige Defizitvereinbarung zu gewährleisten. Damit haben Träger die Möglichkeit, Personal anzustellen und dieses dann auch langfristig zu halten.

Zusätzlich sollte eine deutlich erkennbare Aufwertung des sozialen Berufes stattfinden und nicht nur die Lohn- und Fortbildungsmöglichkeiten angepasst werden, sondern auch die Ausstattung der Einrichtungen vor Ort verbessert werden z.B. durch mehr Investitionsspielraum bei Anschaffungen und Baumängelbeseitigung.

Der Anstellungsschlüssel und die dazugehörige Berechnung des Anstellungsschlüssels sollten grundlegend verändert werden. So passt das Verhältnis der kindbezogenen Förderung nicht mehr zum aktuellen Bildungsniveau der Gesellschaft. Eltern und Erzieher/innen haben heutzutage zum Glück den Anspruch, dass eine Kindertagesstätte nicht nur eine Kinderverwahranstalt ist, sondern ein Haus, in dem Bildung stattfinden sollte. Dies ist aber nur möglich, wenn es genügend Personal dafür gibt. Dieses erreichen wir aber nicht, wenn uns theoretische Berechnungen selbst im Weg stehen.

Zum Beispiel:

In unserer Einrichtung sind bereits einige Migranten- und Flüchtlingsfamilien, die gerne Ihr Kind in unsere Einrichtung bringen. Wir würden gerne auch noch mehr Kinder aus Flüchtlingsfamilien aufnehmen, aber der personelle Aufwand für solche Entscheidungen wird durch den Anstellungsschlüssel bzw. den Gewichtungsfaktor des Kindes unmöglich gemacht.

Eine Migrantenfamilie, bei der die Eltern bereits jahrelang in Deutschland wohnen, die integriert ist, in der 2. Generation hier wohnt, wird genauso berechnet wie eine Familie, die gerade erst aus Syrien oder Afghanistan zu uns gekommen ist. Der gleiche Schlüssel wird also für beide Kinder angesetzt (1,3). Somit wird eine Integration des Flüchtlingskindes weitestgehend verhindert, da der Aufwand, den die Einrichtung mit dem Mehraufwand an Elterngesprächen, Erklärung vom Bildungs- und Betreuungsvertrages, Integration in die KiTa-Gemeinschaft, Mehraufwand beim Spracherwerb und die Ausfüllung von Anträgen an die zuständigen Behörden und vielem mehr viel größer ist und das Personal auch an anderer Stelle gebraucht wird. Hier würden wir z. B. einen Pool von Dolmetschern begrüßen, auf den unbürokratisch zugegriffen werden kann. Nur so können wir auch Eltern, die kein Wort Deutsch verstehen, professionell beraten und begleiten. Gerade die kulturellen Unterschiede sorgen häufig für Missverständnisse, woraus immer wieder Konflikte entstehen können.

Der Anstellungsschlüssel darf bei uns in Kitzingen nur in begründeten Ausnahmefällen unter 1:9 rutschen. Dieser Anstellungsschlüssel reicht in unserem Haus aber nicht aus, dass drei pädagogische MitarbeiterInnen täglich von 08 Uhr bis 14 Uhr gemeinsam auf die Kinder aufpassen, die Kinder betreuen und gute Bildungsarbeit leisten können. Hierzu benötigt man mindestens 4 Mitarbeiter/innen, um qualitativ gute Arbeit leisten zu können. Daher fordern wir eine Umstrukturierung des Anstellungsschlüssels bzw. eine Flexibilisierung.

Wichtig ist auch, dass man das passende Personal findet, welches man den Kindern anvertrauen kann. In vielen Bezirken oder Landkreisen ist es schon jetzt üblich, dass man gar Mitarbeiter/innen einstellen muss, die in den Augen der Leitung oder des Trägers vielleicht nicht die erste, zweite oder dritte Wahl wäre. Aufgrund von schlechten Arbeitszeugnissen von vorherigen Arbeitsstätten oder fehlenden Informationen stellt man diese Mitarbeiter/innen zwar nur ungern ein, aber dennoch muss man sie einstellen, da man bei einem Anstellungsschlüssel von über 1:11 über mehrere Monate sonst keinerlei Förderung mehr bekommen würde. Das führt dazu, dass der Träger gezwungen ist auch unfähiges Personal einzustellen.

Diese Kombination ist sehr gefährlich und sollte aus unseren und der Augen der Kinder schnellstens behoben werden, da dadurch die Belastung im gesamten Team ansteigt.

Um neues Personal zu finden, müssen erst einmal Menschen den pädagogischen Beruf ergreifen. Die Qualität der Ausbildung sollte darunter aber nicht leiden und eine Verkürzung der Ausbildungszeit sollte tunlichst vermieden werden. Auch der Hochschulzugang nach der Ausbildung muss weiter möglich sein. Eine verpflichtende und tarifliche Ausbildungsvergütung für den Kinderpfleger- und Erzieherberuf sollte daher Maßstab aller Dinge sein. Bis heute verdienen die Kinderpflegepraktikanten kein Geld und müssen nicht vergütet werden. Die Schulzeit beträgt dabei zwei Jahre. In unserem Kindergarten selbst arbeitet ein Vater eines Kindes, welcher umschulen

wollte, um schlussendlich einer Ausbildung nachzugehen, die ihm kein Geld mehr einbringt. Daher sollten alle Ausbildungsformen des pädagogischen Personals vergütet sein und so attraktiv werden, dass junge Leute oder Menschen, die umschulen würden, diesen Weg auch einschlagen. Dies sollte unter Berücksichtigung, dass damit auch wieder die Träger finanziell belastet werden und einen Ausgleich brauchen, stattfinden.

Der Leitungsbonus ist ein erstes Element, um die Kita-Leitungen grundsätzlich von einem Dienst am Kind zu entbinden und damit wirklicher Leitungsarbeit nachzugehen. Dennoch ist der Antrag jährlich abzugeben und der Aufwand, sowie die Bewilligung neuer Gelder sehr hoch.

Die Kindertagesstätten leiten sich nicht von allein und jede Einrichtung ist ein kleines Unternehmen für sich. Wenn man sich vorstellt, dass ein Kindergarten mit zwei Krippengruppen und zwei Kindergartengruppen aus mindestens 74 Kindern, sowie 12 Mitarbeiter/innen und Reinigungs- sowie Hausmeisterpersonal besteht und dazu noch zirka 148 Eltern kommen, die auch Anliegen und Wünsche haben, sollte man wissen, dass wenig bis keine Zeit ist, um neben den Leitungstätigkeiten noch Dienst am Kind zu vollbringen. Daher gehören Leitungen ab einer bestimmten Kinderzahl verpflichtend komplett freigestellt. Wenn man trotzdem mal Zeit hat oder Personalbedarf wegen Krankheit besteht, sind wir die letzte Berufsgruppe, die nicht gerne Ihre Zeit auch mit dem Betreuen und Bilden der Kinder verbringen würden.

Für jede pädagogische Mitarbeiterin braucht es eine verbindlich festgelegte Vorbereitungszeit. Eine Zeit, in der all die organisatorischen und schriftlichen Aufgaben erledigt werden können. Alles muss dokumentiert und die Beobachtungsbögen für jedes Kind ausgefüllt werden. Die Elterngespräche werden vorbereitet, durchgeführt und nachgearbeitet. All das passiert neben den bereits stressigen Alltag, weil es kaum noch möglich ist, sich aufgrund des Personalmangels aus der Gruppe zurückzuziehen.

Hinzu kommen Aufgaben wie z. B. Sicherheits-, Brandschutz- und Datenschutzbeauftragte, die eine zusätzliche Belastung für das Kindergartenpersonal darstellen.

Es benötigt allgemein mehr Gelder im sozialen Bereich! Die Koordinierungsstellen, Beratungsstellen und Co. Müssen ausgebaut und nicht immer befristet werden. Langfristige und gute Arbeit muss sich auch für das Personal vor Ort lohnen! Die Kliniken dürfen, ebenso wie die Kitas und Seniorenheime, nicht als wirtschaftliche Gewinnunternehmen bewertet werden. Gerade in dieser Krise zeigt sich, dass die Einrichtungen leiden, aber zwingend zum Aufrechterhalten unserer Gesellschaft und Wirtschaftlichkeit gebraucht werden. Das Jugendamt und der allgemeine soziale Dienst (ASD) müssen zwingend besser personell ausgestattet werden. Schon vor der Pandemie war die Überlastung der Mitarbeiter deutlich. Die Kitas brauchen Ansprechpartner, um in Notlagen Kinder zu schützen. Hier darf nicht an Kosten gespart werden.

Für die Umsetzung der Inklusion braucht es einen anderen Personalschlüssel, kleinere Gruppen und gut qualifiziertes Personal. Die Hilfen, wie die zusätzliche Begleitung durch eine Einzelintegrationsmaßnahme oder einen Individualbegleiter, muss schneller und unbürokratischer möglich sein. Die Hürden hierzu sollen deutlich herabgesetzt werden. Eine Kopplung des Faktors 4,5 an die Einzelintegration, ist in unserer Auffassung nach falsch. Nicht jedes Kind, welches einen erhöhten Begleitungsbedarf hat, benötigt auch eine Einzelintegrationsfachkraft, wohl aber z.B. einen Individualbegleiter. Die 3 Aspekte, Faktor, Einzelintegration und Individualbegleiter, müssen besser verknüpf- und trennbar und somit auf die Bedürfnisse des Kindes und der Einrichtung zugeschnitten

werden können. Die Inklusion muss von staatlicher Seite besser unterstützt werden. Die Eltern und Fachkräfte müssen die Wege zur Inklusion erleichtert und nicht erschwert werden. Eine Ausgrenzung im Kindesalter muss unterbunden und Zugänge geschaffen werden. Ebenso darf der Weg der Inklusion nicht nach der Kita enden, sondern muss auf den Regelschulbereich übertragbar sein. Aktuell enden oft die guten Wege mit der Einschulung. Dies macht deutlich, dass in Deutschland nach wie vor ein fiktiver Gedanke der Inklusion vorhanden ist und noch wenig Raum der Realisierung stattgefunden hat.

Liebe Damen und Herren der Politik, verehrte Entscheidungsträger für die Zukunft der sozialen Berufe,

entscheiden Sie bei der nächsten Gemeinde-, Stadtrats-, Landtags- oder Bundestagssitzung in dem Wissen, dass Ihre Entscheidung und Ihre Stimme zählen. Ich als Bürger habe Sie gewählt, um den Kindern und Eltern in diesem Land eine Perspektive zu geben. Die Perspektive ist aber nur vorhanden, wenn es auch Personal gibt, das die Kinder bildet und betreut. Die Perspektive eine Zukunftsnation zu sein, die sich um die Herausforderungen der Zukunft zu bemühen, kann nur gegeben sein, wenn alle mithelfen und das soziale Miteinander nicht aus den Fugen gerät. Das beginnt seit es Menschen gibt mit den kleinsten Mitbürgern unserer Welt - den Kindern.

Wenn Kinder nicht das wichtigste Gut unserer Welt sind, dann lohnt es sich nicht mehr Frühs aufzustehen und den Tag zu beginnen. Denn ohne Kinder gibt es keine Zukunft mehr.

So appelliere ich und meine Mitunterzeichner/innen für eine starke Veränderung der sozialen Branche und den sozialen Berufen.

Über ein persönliches Gespräch oder eine Stellungnahme von Ihnen und Ihren Kolleginnen und Kollegen würden wir uns sehr freuen und verbleiben bis dahin.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Schindler

Leitung des kath. Kindergartens St. Johannes in Kitzingen